

Diese 814 000 Mark erhalten zunächst Deckung durch eine Reblieferung der Wasser- und Lichtwerke im Gesamtbetrag von 208 000 Mark und einer vermehrten Ablieferung von Rinsen und



Tilgungsraten infolge Erhöhung des Anleihekapitals von 20.000 Mark. Das Wasserwerk hat an der vermehrten Ablieferung keinen Anteil; wohl aber hat sich das Gas- und Elektrizitätswerk, wie schon an anderer Stelle bemerkt, von den Schäden des Krieges wieder erholt; einen kleinen, aber keinen Verlustpunkt bilden auch die Weinberge der Stadt mit einem auf 19.000 geschätzten Mehrertrag; auch die Lustbarkeitssteuer, im wesentlichen die Anbilletsteuer, stellt einen Mehrertrag von 8000 Mark zur Verfügung. Nach diesen Aufrechnungen bleiben noch 350.000 Mark ungedeckt, die durch eine Erhöhung der Einkommensteuer um 20 Prozent, also auf 145 Prozent aufgebracht werden. Daß für eine Steuererhöhung als alleinige Steuer in dieser Zeit nur die Einkommensteuer in Frage kommen konnte, brauche ich wohl nicht näher zu begründen; die Grundsteuer mußte hier ohne weiteres ausbleiben, auch von der in Groß-Berlin und seinen Vororten neben der Einkommensteuerverhöhung auf mindestens 60 Prozent zur Durchführung gekommenen Erhöhung des Gaspreises haben wir hier — und wie wir meinen — mit vollem Recht Abstand genommen, wie überhaupt von jeder Erhöhung der Gebühren und indirekten Abgaben.

Nun kann darüber streiten, ob es gelungen ist, die Einnahmen und Ausgaben, wie sie der Voranschlag enthält, der Wirklichkeit möglichst nahezubringen; die Verhältnisse, die der Krieg in diesem Jahre bringen kann, sind unüberschaubar, ebenso wie es nicht vorzuziehen ist, ob der Krieg das ganze Voranschlagsjahr andauern wird; jedenfalls ist das Schlussergebnis vom rein finanziellen Standpunkt aus gesehen ein günstiges; es ist keine Stadt in Preußen vorhanden, die mit einem finanziellen Ergebnis abgeschlossen hat. Es ist schon möglich, daß wir in dem oder jenem Punkt zu günstig geurteilt haben; beispielsweise ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die veranschlagten Ablieferungen der Wasser- und Lichtwerke infolge der Einführung der Sommerzeit etwas geringer ausfallen; dafür wird es aber an anderen Stellen wieder Erparnisse geben. Jedenfalls haben wir unsere Vermutungen auf das strengste angewiesen, auf alle Fälle zu sparen, wo es nur irgend geht. Und sollte wider Erwarten ein Fehlbetrag eintreten, so muß eben das nächste Jahr dafür eintreten, das hoffentlich ein Friedensjahr sein wird, was die Last dann leichter tragen wird, wie dieses besonders schwere Kriegsjahr. Eine gewisse Zurückhaltung in der Bemessung des Einkommensteuersatzes war auch durch die recht betrübende Tatsache gegeben, daß nach einer von dem Herrn Finanzminister unter dem 11. Januar d. J. veröffentlichten Mitteilung über die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung für 1915 der Gesamtertrag der in 1915 zu erhebenden Einkommensteuer in Wiesbaden um 12,38 Prozent hinter dem gleichen Jahresertrag des vorhergehenden Jahres zurückgeblieben ist. Es sind also von den 25 Prozent Einkommensteuersatz der Vorjahre 1915 beibehalten, 12,38 Prozent durch den Rückgang des Gesamtertrages wieder weggenommen worden; wenn es trotzdem gelungen wird, den Voranschlag 1916 vorläufig ohne Fehlbetrag abzuschließen, so bietet das immerhin eine gewisse Gewähr für 1916 selbst dann, wenn sich die Verhältnisse des Voranschlags nicht ganz erfüllen sollten. Unter den preussischen Großstädten gehört dieser Rückgang von 12,38 Prozent zu den größten; nur Saarbrücken und Aachen überbieten uns noch mit 12,63 Prozent bzw. 18,40 Prozent. Wiesbaden steht also an dritter Stelle; das ist ein überaus betrübliches Ergebnis, das ein treffendes Schlaglicht auf unsere durch den Krieg außerordentlich hart angefaßten wirtschaftlichen Verhältnisse wirft. Der wirtschaftliche Sondercharakter einer Stadt, die mangels Industrie sich an umfangreichen Handelslieferungen nicht erholen konnte, gelangt hier zum entsprechenden Ausdruck. Sie werden es auch von diesem Gesichtspunkt aus verstehen, wenn wir in der Frage der Steuererhöhung in so schwerer Zeit mit Vorbehalt vorgegangen sind, zumal man ja, wie die Verhältnisse liegen, sich bei den Anträgen im Voranschlag auch die Erleichterungen unterschätzen kann. Hat doch selbst der preussische Finanzminister in seinem Vordruck zu dem preussischen Staatshaushalt 1916 ausdrücklich gesagt, daß „jeder Versuch einer der Wirklichkeit nachvollziehbaren Veranlagung aus diesem (wie 1915) von vornherein aufgegeben werden muß“. Und über auch etwas Erleichterung zu sagen, will ich nicht vergessen, zu erwähnen, daß die von uns im obigen Voranschlag veranschlagten direkten Steuern, also die Einkommensteuer, Grund-, Gewerbe- und Betriebssteuern, die Kanalabgaben, die Reichssteuerbeiträge und die Schulgelder trotz der Ungunst der Zeit am 1. Mai d. J. mit 92 Prozent der Gesamtsumme zur Kasse gekommen waren. Gleich erfreulich ist, daß es bis jetzt trotz des Krieges schmerzlich drückender Last gelungen ist,

nicht nur die Einkommensteuer auf der niedrigsten Stufe unter Preussens Städten zu halten, sondern auch von einer Erhöhung aller anderen Steuern abzusehen,

und vor allem die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auf dem alten Satz von 128,90 und 150 Prozent zu halten, während in der gleichen Zeit 180 preussische Großstädte (nach der amtlichen Statistik mit Einwohnerzahl über 80.000 Einwohner) sich in der Einkommensteuer zwischen 160 und 260 Prozent bewegen, in der Grund- und Gebäudesteuer zwischen 122 und 297 Prozent und in der Gewerbe- und Gewerbesteuer zwischen 180 und 619 Prozent. Ich habe so den Eindruck, als ob wir immer noch verhältnismäßig steuerlich recht günstig stünden und absolut keinen Grund hätten, mit unseren steuerlichen Verhältnissen unzufrieden zu sein. Jedenfalls findet absolut keine Veränderung in unserem vor dem Frieden gehaltenen steuerlichen Verhältnis gegenüber den anderen Großstädten statt; es findet nur ein allgemeines gleichmäßiges Sinken der steuerlichen Belastung überhaupst statt.

Meine Herren, ich habe diesen Ausführungen über die ordentliche Verwaltung des Voranschlags nichts mehr hinzuzufügen. Dem Streben nach äußerster Klarheit entsprechend, will ich nur noch ausdrücklich hervorheben, daß ich — wie immer — den Mehrbedarf berechnet habe, den der diesjährige Voranschlag gegen den abgelaufenen zu verzeichnen hat. Nun wissen Sie aber, meine Herren, daß der Fehlbetrag des abgelaufenen Voranschlags 2.150.000 Mark betrug und es nur gelang, diesen außerordentlichen Fehlbetrag dadurch zu decken, daß darauf verzichtet wurde, den Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke die alljährlichen Rücklagen zuzuführen, die im ganzen 979.000 Mark betragen. Auch im Jahre 1916 wird auf diese Zuführung verzichtet, der Betrag von 979.000 Mark kommt also auch diesem Jahre zugute und steht im Voranschlag in Einnahme. Der zu bedende Mehrbedarf in 1916, den ich, wie schon ausgeführt, auf 800.000 Mark festgesetzt habe, beruht also unter der Voraussetzung, daß, wie im Vorjahr, jene 979.000 Mark dem Voranschlag auf Kosten der Wasser- und Lichtwerke zugute ihrer Reservefonds zugute kommen. Es wären also hiermit 2 mal 979.000 Mark gleich 1.958.000 Mark dem Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke zuzuführen. Da die Annahmen in den Reservefonds dazu dienen, die eintretende Wertverminderung der Gebäulichkeiten und Maschinen usw. zu gegebenen Zeit durch Neuanfassungen wieder auszugleichen, ergibt sich hieraus also die Folge, daß diese Entnahme den Fonds zu gegebener Zeit wieder zuzuführen muß, sei es in Form späterer Erhöhung der seither üblichen alljährlichen Zuführungen oder sei es in Form von Anleihen. In beiden Fällen würde die Zukunft belastet, und zwar mit etwa 100—120.000 Mark jährlichen Zinsen, und das ist auch ganz in Ordnung. Der Krieg wird für die Zukunft unseres Volkes geführt, und seine Kosten kann man nicht schon die Gegenwart tragen lassen, die während des Krieges wirklich schon zu viel zu tragen hat durch Steuern und Losen des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden und durch die allgemeine Verteuerung der Nahrungsmittel und durch Entbehrungen, die uns das alljährliche Leben auferlegt. Und ist diese Entnahme aus den Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke schon aus diesen Gründen vollkommen gerechtfertigt und sogar geboten — zumal wir andere Fonds, die das vertreiben können, leider nicht besitzen —, so findet sie erst recht ihre Begründung in der bekannten Tatsache, daß unsere industriellen Werke ein Anlagekapital von rund 31 Millionen Mark darstellen, von denen nur 13 Millionen Mark durch Anleiheaufnahme aufgebracht wurden, während das gesamte übrige Kapital aus Leihzinsen früherer Jahre herkommt, also aus der eigenen damals unerschöpflichen Kraft der Werke und ihrer Gewinne zu Zeiten herkam, in denen die Gasverwaltung der Stadt in der glücklichen Lage war, trotz niedriger Steuern diese überschüssenden Beträge

zur Ausgleitung ihrer Voranschläge entbehren zu können. Wären diese Beträge damals in einen Ausgleichsfonds geflossen und wäre dieser Fonds unangefochten geblieben, so hätten damals schon die Wasser- und Lichtwerke einerseits entsprechende Anleihen aufnehmen müssen, während andererseits der Ausgleichsfonds heute zu unserer Verfügung stünde zum Ausgleich unserer jetzt hart bedrückten Finanzen. Insofern darf man schon daran denken, auf jene glückliche Zeit wieder zurückzugreifen und die Reservefonds in beschränktem Umfang während der Dauer des Krieges als eine Art Ausgleichsfonds für die gesamte Verwaltung zu betrachten und hiermit zu verfahren. Zeit alle Großstädte haben dieses Verfahren gewählt, obwohl ihre Werke bei weitem nicht in der glücklichen Lage sind, wie unsere, und obwohl sie das gleiche Verfahren nicht mit der Begründung versehen können, wie ich sie eben gegeben habe.

Also von dem Standpunkt dieser Ausführungen aus erscheint die Annahmehypothese der Wasser- und Lichtwerke ohne Bedenken, zumal die städtische Verwaltung im Interesse der Erhaltung geordneter Finanzen es entschieden abgelehnt hat, sich auf den Weg zu begeben, etwa in der Tilgung ihrer Schulden irgend eine Veränderung eintreten zu lassen. Der gesamte, über zwei Millionen Mark jährlich ausmachende Tilgungsbetrag ist während des ganzen Krieges ungehört worden.

Nun noch ein paar Worte über den außerordentlichen Etat, in dem Sie u. a. Anforderungen finden für Krankenhausvermehrungen, für die Hochdruckanlage, für eine Schulhofvermehrung, für Erweiterung des Dekorationsmagazins des Theaters, für einen Neubau des Städtischen Hauses, für die Bäder- und Tränkanlage des Schützenhofes, ferner für Vorarbeiten für die in Aussicht genommene Markthalle, für das Volksschwimmbad, für Weiterführung der Kanalisation, für Erweiterungen der Wasser- und Lichtwerke, für die gärtnerische Ausgestaltung des Südfriedhofs, für Grundstücksankauf, für Straßenbauten usw. Mit der Gutheißung des außerordentlichen Etats sind selbstverständlich die vorgesehenen Arbeiten nicht genehmigt; Sie erhalten darüber ja Sonderverordnungen über jede einzelne Arbeit, die Ihrer besonderen Zustimmung bedürftig; ob und welche Vorlagen Ihnen der Magistrat machen wird, hängt natürlich in erster Linie von der Dauer des Krieges und der Lage des Arbeitsmarktes ab. Die Fortsetzung einer Reihe der vorgesehenen Arbeiten liegt übrigens ganz im Sinne des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 10. Oktober v. J., der die Gemeinden daran erinnert, schon jetzt Maßnahmen zu treffen, um einer Arbeitslosigkeit nach dem Krieg nach Möglichkeit entgegenzuwirken und vorzubereiten. Im Sinne dieser Auffassung haben Sie auch im vorigen Jahre die große Kantienbörse genehmigt, deren Zweck es vor allem ist, einerseits ausreichende Arbeit für die Zeit nach dem Krieg vorzusehen, andererseits diese Arbeit aber im wesentlichen der Erleichterung bauerischen Landes zu widmen und damit eine bessere Vorbereitung für die Entwicklungsmöglichkeit unserer Stadt zu schaffen. Vermehrungsamt und Straßenbauamt haben diese Arbeiten, auf die ich bei anderer Gelegenheit zurückkommen werde, trotz außerordentlicher Erschwerungen während des Krieges so weit — wie nur irgend möglich — gefördert.

Ich wiederhole im übrigen, meine Herren, daß die Frage, ob die im außerordentlichen Etat vorgesehenen Arbeiten wirklich im laufenden Jahre ausgeführt werden, eine offene bleibt; während der Dauer des Krieges ist hieran kaum zu denken; geht der Krieg im Lauf des Jahres, was wir alle hoffen, zu Ende, so wird selbstverständlich nur das unbedingt Notwendige in Angriff genommen, wie es überhaupt in Zukunft die Aufgabe der städtischen Verwaltung sein wird, Arbeit und Erwerb durch Erfüllung wirklich notwendiger städtischer Aufgaben zu schaffen.

Ich komme nun zu den eigentlichen Kriegsausgaben der Stadt, zu den seit Ausbruch des Krieges entstandenen Kriegsschulden, die ja die Städte auf ihre Voranschläge nicht nehmen können, weil diese Ausgaben von der Gegenwart unmöglich getragen werden können, die also nach dem Krieg durch langfristige Anleihen gedeckt werden müssen. Was unter eigentlichen Kriegsausgaben zu verstehen ist, habe ich in meinen vorjährigen Ausführungen genau auseinandergesetzt; sie entsprechen fast durchweg gesetzlichen Verpflichtungen, die die Stadt zu erfüllen hat. Der Schuldenstand der Stadt, wie er am Schluß des Ihnen vorgelegten Voranschlags ausgeführt ist, umfaßt die seit Beginn des Krieges entstandenen Schulden nicht; er enthält lediglich die Schulden, die auf dem Wege unmittelbarer Anleihen bis zum Beginn des Krieges entstanden sind. Das ist auch vollkommen richtig, denn die Stadt weiß nicht, welche dieser Schulden endgültig von der Stadt übernommen werden müssen und wie sich die dann aufzubewahrenden Anleihen stellen nach Zinssatz und Tilgungsbetrag. Seit Beginn des Krieges konnten Anleihen in der bisherigen Form nicht mehr aufgenommen werden; im wesentlichen hat uns die Landesbank mit ihren Kapitalien zur Verfügung gestanden; der Gesamtbetrag der seit Kriegsausbruch bis zum 31. März des laufenden Jahres, also bis zum Ende des Etatsjahres 1915/16, aufgenommenen Schulden beläuft sich auf 10½ Millionen Mark, von denen die Landesbank allein 6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat; der Rest mit 4½ Millionen Mark ist von Herrn Otto Henckell gegeben worden. Nun handelt es sich bei diesem Betrag durchaus nicht lediglich um Kriegsschulden; es hat hierbei ein Betrag von 2½ Millionen Mark in Abzug zu kommen, den Sie im außerordentlichen Etat des abgelaufenen Jahres zur Verfügung gestellt haben für langfristige ausgeführte Krankenhausvermehrungen, für das neue Museum, für das Theater 2. für Erweiterungen der Wasser- und Lichtwerke, für Kanalisationsarbeiten usw. Auch diese Summe konnte durch Ausgabe von Schuldverschreibungen wegen des Kriegsausbruchs nicht mehr beibracht werden; auch hier ist die Landesbank mit Gewährung eines vorübergehenden Kredits eingegriffen.

Es bleibt also als eigentliche Kriegsschuld vom 1. August 1914 bis 31. März 1916 noch der Betrag von acht Millionen Mark zu erläutern, unter denen sich allein 2½ Millionen Vorlagen für Reich und Staat befinden. Hinsichtlich der Reichsamilienunterstützungen ist das Reich gesetzlich verpflichtet, „Entschädigung aus Reichsfonds“ zu gewähren; auf der Zeitpunkt, wann das Reich zahlen will, ist einem besonderen Gesetz vorbehalten. Aus dem Wort „Entschädigung“ folgt, daß auch die Zinsen und die Geldbeschaffungskosten zu erhalten sind. Es besteht bei mir gar kein Zweifel, daß diese gesetzlich verbürgten Rückstellungen an die Gemeinden erfolgen; einige Bundesstaaten, beispielsweise Baden, haben ihren Gemeinden die betreffenden Beiträge als Sozialen für das Reich aus der Staatskasse schon erhalten. Ferner spricht für die Aufstellung, daß an der Rückzahlung der Reichsamilienunterstützungen durch das Reich nicht zu zweifeln ist, auch die Tatsache, daß schon für die städtische Familienunterstützung (die Zulagen der Gemeinden zu den Reichsunterstützungen) und die städtischen Arbeitslosenfürsorge Beiträge durch Reich und Staat bereits gewährt worden sind im Durchschnittsbetrage von 40 bis 45 Prozent der Gesamtaufwendungen, allerdings erst vom Januar 1915 ab.

Nach dieser Erläuterung verbleibt also als Gemeindefeile ein Betrag von 5½ Millionen Mark für die Zeit bis zum 31. März 1916; unter diesem Betrage befindet sich zunächst ein noch nicht verrechenbarer Posten von ¼ Million Betriebskapital, das in der Lebensmittelfürsorge arbeitet, über die Ihnen eine besondere genaue Abrechnung am Kriegsschluß vorgelegt wird; es können zu nächst also nur 5 Millionen Mark für die Kriegsschuld nach dem Stande am 31. März in Frage kommen, mit der zunächst der Fehlbetrag des Voranschlags von 1916 im Betrage von 685.000 Mark gedeckt wurde, während der Rest mit 4.015.000 Mark auf die Kriegsschulden der Gemeinden entfällt, und hierunter allein rund 3½ Millionen Mark auf die städtischen Kriegsausgaben und Erwerbslosenfürsorge.

Genau genommen treten zu diesen 5 Millionen Kriegsschulden der Gemeinde noch hinzu die 979.000 Mark, die wir dem Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke entnommen haben; rechnen wir also einmal mit rund 6 Millionen Mark Schulden, die bis zum 31. März 1916 (in 20 Monaten) entstanden sind, also für den Monat 300.000 Mark. Da sich die dieser Berechnung zu Grunde gelegten Verhältnisse in dem Etatsjahr 1916 nicht ändern werden, treten also ab 1. April 1916 für jeden weiteren Kriegsmontat

300.000 Mark neue Kriegsschulden hinzu, abgesehen von den Zinsen zu dem Lebensmittelfürsorge, die aber das Gesamtbild entscheidend nicht beeinflussen können.

Obwohl bis jetzt der neuerdings festgestellte Gesamtumsatz an Lebensmitteln nicht weniger wie 14 Millionen Mark beträgt.

Nach dem Stand vom 1. April d. J. berechnet, würde die Kriegsschuld von 6 Millionen Mark den Etat bei einer 10prozentigen Zinsaufschlagung und 1prozentigen Tilgung (auf eine höhere Tilgung wird der Staat bei den außerordentlichen Gemeindefinanzien gar nicht gehen können) im ersten Friedensjahre mit rund 390.000 Mark Mehrtrag belasten, was bei dem zurzeit zur Erhebung gelangenden Einkommensteuereinnahme von 4.100.000 Mark die Einkommensteuer um 9 Prozent, also von 145 auf 154 Prozent, steigern würde. Mit dieser Berechnung soll natürlich nichts gesagt sein über die endgültige Gestaltung des Einkommensteuersatzes oder die Steuerverhältnisse überhaupt; das hängt ja alles von der Dauer des Krieges ab. Ich möchte Ihnen nur ein ungefähres Bild über die jetzt übersehene Wirkung der Kriegsschuld auf die Tilgung des laufenden Voranschlags geben. Ranges wird das Bild erheblich ungünstiger beeinflusst, manches aber auch erheblich günstiger; so darf man vor allem auch nicht vergessen, daß nach dem Kriege eine ganze Reihe beträchtlicher, lediglich durch den Krieg verursachter Ausfälle wieder zu Einnahmen sich vermindern werden. Ich erinnere nur an die Ausfälle der Art- und Vätervermehrung, die ja allein rund 600.000 Mark betragen, an beträchtliche Ausfälle bei den Steuern infolge Rückganges der zur Veranlagung kommenden Einnahmen fast aller Berufsstände und infolge völligen Stillstandes des Umsatzes an Grundstücken und der Bautätigkeit. So schmerzt unsere Stadt durch den Krieg infolge ihres wirtschaftlichen Sondercharakters getroffen werden ist, so schmerzt sich also finanziell dieser außerordentliche Rückschlag sehr geltend macht, so ist aber auch die Hoffnung berechtigt, daß diesem Rückschlag im Frieden ein Wiederaufsteigen folgen wird, das den hart bedrückten Finanzen erhebliche Erleichterung verschaffen wird. Niemand kann im übrigen heute voraussagen, wie sich die Finanzlage der Gemeinden nach dem Kriege wirklich gestalten wird. An neuen großen Aufgaben werden die Gemeinden nach dem Kriege neben dem Staat mitarbeiten müssen. Ich erinnere nur an die Regelung der Hypothekentragung, an die im Laufe des nächsten Jahres der Begründung von Stadtstaaten unter Staatsaufsicht; ich erinnere an die Förderung der Erwerbstätigkeit der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, an die in einem ministeriellen Erlass vorgesehene Gewährung von Darlehen an Kriegsteilnehmer zum Zweck der Wiederherstellung ihrer selbständigen Erwerbstätigkeit gegen mögliche Vergütung und Tilgung, wobei in erster Linie an das Handwerk gedacht ist; auch hier ist Staatsbeihilfe in Aussicht gestellt; auf die Beteiligung der Gemeinden kann natürlich nicht verzichtet werden.

Der Staat soll aber auch daran denken, daß den Gemeinden neue Mittel zugewiesen werden müssen und daß das Steuerwesen, insbesondere das Gemeindeeinkommensteuergesetz, auf neue Grundlagen gestellt werden muß. Es könnte erheblich besser um die Gemeindefinanzen während des Krieges stehen, wenn man vor dem Kriege Zeit und Mühe genommen hätte, die überaus lange, in Schwere gelassene Umgestaltung des Gemeindeeinkommengesetzes durchzuführen. Nach heute haben die Gemeinden einen Einkommensteuersatz, der ihnen nur eine Verringerung des höchsten Einkommens von 4 Prozent aufweist, den geringsten Satz, der in Deutschland erhoben wird. Der preussische Staat erhob schon im Frieden mit den Zuschlägen 5 Prozent; jetzt während des Krieges ist dieser Satz auf 8 Prozent gesteigert worden, der Gemeindeeinkommensteuersatz aber auf 4 Prozent gesunken worden. Unter solchen Verhältnissen können die Gemeinden ihre Finanzen nicht in Ordnung halten, zumal — wie der Deutsche Städtebund erst kürzlich festgestellt hat — gerade in den letzten Jahren das Betreiben des Staates, Staatsaufgaben den Gemeinden zugewiesen oder auf sie abgewälzt zu werden, immer stärker hervorgetreten ist, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, auf dem dieser Druck besonders schwer von den Gemeinden empfunden wird. Die Verhältnisse werden sich nach dem Kriege nun so entwickeln, daß die Forderung eines besseren Gemeindeeinkommengesetzes, wie überhaupt einer Umgestaltung des Gemeindeeinkommengesetzes, sich von selbst durchsetzen wird, wenn nicht die Weiterentwicklung der mit so hohen Kriegskosten beladenen Gemeinden auf das empfindlichste gehindert werden soll. Hand in Hand mit der Erfüllung dieser ganz selbstverständlichen Forderung wird natürlich die äußerste Sparsamkeit die ganze weitere Entwicklung der Gemeinden beherrschen müssen; auch das wird sich ganz von selbst ergeben. Gelände Finanzverhältnisse waren bis die machtvollen Träger des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Städte; sie müssen erhalten und bewahrt bleiben auch nach dem Kriege, und sie werden auch erhalten bleiben. Der Unternehmungsgeist der deutschen Städte wird sich natürlich nicht mehr so betätigen können, wie früher; das bekannte Wort eines Oberbürgermeisters einer Großstadt, daß es für die Städte auf keinem Gebiete eine Unmöglichkeit gebe, wird eine erhebliche Einschränkung erfahren müssen. Wenn aber die von mir genannten Voraussetzungen erfüllt sind (Besserung der Einnahmen der Gemeinden vor allem durch ein gründlich umgestaltetes Einkommenssteuergesetz, Vergütet des Staates auf das nur zu oft in Erscheinung getretene Betreiben, Staatsaufgaben den Gemeinden zugewiesen und sich Staatsaufgaben ohne jede Vergütung von den Gemeinden erfüllen zu lassen) und der feste Wille der Städte zu einer dauernden Sparsamkeit hingutritt,

dann ist trotz der übernommenen Kriegsschulden durchaus auch nach dem Kriege die Möglichkeit gegeben zu einer weiteren segensreichen Entwicklung, zu sozialen und kulturellen Fortschritten, zur Förderung der Erwerbskräfte, zur Förderung der Beschäftigung des Gemeindegebietes und zur wirtschaftlichen Unterstützung aller derjenigen, die nach dem Kriege einer Förderung ihrer Erwerbstätigkeit bedürfen.

Und ich weise an der Erfüllung solcher Erwartungen gerade bei unserer Stadt nicht, weil deren Finanzen im Grunde durchaus gesund sind. Schon in meinen vorjährigen Ausführungen habe ich darauf hingewiesen, daß mit das Kriegsjahr 1914 in finanzieller Hinsicht angetrieben haben, nachdem wir das vergangene Jahr mit einer Gesamtschuldenverminderung von 1,6 Millionen und ohne Hinterlassung irgendwelcher Fehlbeträge abgeschlossen hatten. Das im Laufe der nächsten Zeit mit Hilfe der neuen Staatshilfe und der Anlage der Lagerhäuser und Inventuren zur einwandfreien Festhaltung der Lebensmittel der Stadt übersteigt die Schulden in einer Weise, die jede Befürchtung ausschließt. Und sollte der Krieg, was wir alle nicht hoffen, erst im Ende des Jahres, dessen Voranschlag wir heute beraten, zu Ende gehen, so hätten wir vielleicht mit einer Mehrschuld von 10 Millionen oder mit einer dem Voranschlag dauernd belastenden Mehrausgabe von etwa 600.000 Mark zu rechnen, also mit einem Ausfall, mit dem wir schon einmal nach der Aufhebung der Mäße zu rechnen hatten, der gedeckt wurde, ohne daß die Finanzen in empfindlicher Weise berührt wurden. Ich bin mir wohl bewußt, daß in dieser Aufstellung vielleicht ein zu großer Optimismus liegt; angesichts der gewaltigen Lasten, die der Krieg dem Reich gebracht hat und damit auch dem Bürger bringen wird. Aber ich fühle mich bei genauer Annahme der Leistungsfähigkeit unserer Finanzen trotzdem nicht verpflichtet, die Zukunft unserer Stadt als wenig hoffnungslos anzusehen; es ist in Wiesbaden schließlich immer besser gegangen, als man im voraus vermehrte, und es wird auch nach dem Kriege besser gehen, als viele erwarten. Mit dem Frieden, der doch einmal kommen muß, und der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir alle bestimmt erwarten dürfen, wird schon wieder größere Hoffnung und größeres Vertrauen seinen Eingang auch bei denen finden, die heute Stunden des Verzagens nicht von sich weisen können.

Meine Herren! Wir haben ein schweres Jahr hinter uns, das schwerste, das die Stadt seit ihrem Bestehen wohl erlebt hat. Wir haben eine außerordentliche Arbeitslast und sehr viele Aufgaben bewältigen müssen und haben in dieser Zeit noch 921 eingetragene Beamte und Arbeiter durch Eingehung zum Verabschieden verloren; es wäre deshalb unrichtig von mir, wenn ich die Gelegenheit benutzte und an dieser Stelle meinen Mitarbeitern im Magistrat und den Beamten und Arbeitern der Stadt meinen herzlichsten Dank aussprechen für die Mühen und Sorgen, die sie hinter sich haben,

Nummer 147  
für ihre reibende Arbeit; der Kommunisten Verhältnissen allem obliegend.  
Meine Herren! Ich weise an der Erfüllung solcher Erwartungen gerade bei unserer Stadt nicht, weil deren Finanzen im Grunde durchaus gesund sind. Schon in meinen vorjährigen Ausführungen habe ich darauf hingewiesen, daß mit das Kriegsjahr 1914 in finanzieller Hinsicht angetrieben haben, nachdem wir das vergangene Jahr mit einer Gesamtschuldenverminderung von 1,6 Millionen und ohne Hinterlassung irgendwelcher Fehlbeträge abgeschlossen hatten. Das im Laufe der nächsten Zeit mit Hilfe der neuen Staatshilfe und der Anlage der Lagerhäuser und Inventuren zur einwandfreien Festhaltung der Lebensmittel der Stadt übersteigt die Schulden in einer Weise, die jede Befürchtung ausschließt. Und sollte der Krieg, was wir alle nicht hoffen, erst im Ende des Jahres, dessen Voranschlag wir heute beraten, zu Ende gehen, so hätten wir vielleicht mit einer Mehrschuld von 10 Millionen oder mit einer dem Voranschlag dauernd belastenden Mehrausgabe von etwa 600.000 Mark zu rechnen, also mit einem Ausfall, mit dem wir schon einmal nach der Aufhebung der Mäße zu rechnen hatten, der gedeckt wurde, ohne daß die Finanzen in empfindlicher Weise berührt wurden. Ich bin mir wohl bewußt, daß in dieser Aufstellung vielleicht ein zu großer Optimismus liegt; angesichts der gewaltigen Lasten, die der Krieg dem Reich gebracht hat und damit auch dem Bürger bringen wird. Aber ich fühle mich bei genauer Annahme der Leistungsfähigkeit unserer Finanzen trotzdem nicht verpflichtet, die Zukunft unserer Stadt als wenig hoffnungslos anzusehen; es ist in Wiesbaden schließlich immer besser gegangen, als man im voraus vermehrte, und es wird auch nach dem Kriege besser gehen, als viele erwarten. Mit dem Frieden, der doch einmal kommen muß, und der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir alle bestimmt erwarten dürfen, wird schon wieder größere Hoffnung und größeres Vertrauen seinen Eingang auch bei denen finden, die heute Stunden des Verzagens nicht von sich weisen können.  
Meine Herren! Wir haben ein schweres Jahr hinter uns, das schwerste, das die Stadt seit ihrem Bestehen wohl erlebt hat. Wir haben eine außerordentliche Arbeitslast und sehr viele Aufgaben bewältigen müssen und haben in dieser Zeit noch 921 eingetragene Beamte und Arbeiter durch Eingehung zum Verabschieden verloren; es wäre deshalb unrichtig von mir, wenn ich die Gelegenheit benutzte und an dieser Stelle meinen Mitarbeitern im Magistrat und den Beamten und Arbeitern der Stadt meinen herzlichsten Dank aussprechen für die Mühen und Sorgen, die sie hinter sich haben,



den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

die Kriegs-  
gigen Ver-  
ung wird  
nicht gehen  
Rechnungs-  
anstellungen  
werden. Mit  
die end-  
Steuern des  
Krieges  
jezt über-  
laufenden  
ungünstiger  
dort man  
unge Reihe  
alle wieder  
an die  
und 500 000  
an infolge  
all aller  
tisches an  
dort durch  
getroffen  
liche Mit-  
berichtigt.  
igen wich-  
tungen der-  
n, wie sich  
gefallen  
nach dem  
re nur an  
liche Frage  
m; ich er-  
Seimat  
müßte  
teilnehmer  
berdeltig-  
linie an  
Ausfuhr  
nicht ver-

den Zu-  
bild ent-

an  
betragt.

für ihre unter den widrigsten Verhältnissen zu erlebende auf-  
reibende Tätigkeit, die bei vielen die Grenze des Möglichen erreicht  
hat; der gleiche Dank gilt den Herren Stadtratsmitgliedern, die in den  
Kommissionen ihre Arbeit geleistet haben, den in der städtischen  
Verwaltung ehrenamtlich tätigen Herren, nicht in letzter Linie vor  
allem aber auch der Stadtratsversammlung.

Meine Herren! Es sind nahezu zwei Jahre verfloßen, seit wir  
hier unsere Kriegsfürsorge abstellen und beraten, was zu tun ist,  
um die Bevölkerung durchzubringen und sie zu stützen in mancher  
Bedrängnis. Die Würdigung dessen, was wir geschaffen haben, wird  
einer späteren ruhigeren Zeit vorbehalten sein. Ich möchte herzlich  
danke stellen, daß Sie zu verschiedenen Malen einstimmig dem  
Magistrat Zustimmung und Anerkennung ausgesprochen haben und  
daß unsere gemeinsame Arbeit getragen war von dem in so schwerer  
Zeit unentbehrlichen Geist des gegenseitigen Vertrauens und Ver-  
trauens, von jenem Geiste, der jedem Stande das Seine aufkommen  
läßt, der sich nicht verliert in einseitiger Vertretung besonderer  
Interessen. Und wenn ich noch hervorheben darf, daß unsere Ver-  
handlungen während dieser schweren Zeit niemals von einem Miß-  
trauen getrübt wurden, so darf ich es andererseits auch freudig be-  
zeichnen als ein Zeichen beginnender Stärkung des Gemeinheits- und  
der Liebe zur Stadt, daß seit Kriegsbeginn durch den Opferwillen  
einzeln Einwohner der städtischen Verwaltung Zuwendungen von  
1 1/2 Millionen gemacht worden sind zum Wohle des Ganzen. Das  
alles gibt mir die Hoffnung, daß auch die kommende Friedensarbeit  
von dem gleichen Geiste getragen werde und daß es auch hier in  
Wiesbaden gelingen möge, die geschlagenen Wunden zu heilen und  
neues Leben blühen zu lassen aus den gewaltigen Taten und Opfern  
unseres Volkes.

Auf Antrag des Stadtratsvorsitzenden Wolff wurde von einer Dis-  
kussion abgesehen und der Haushaltsplan im ganzen nach den An-  
trägen des Finanzsausschusses genehmigt.

Nachdem noch Zimmermeister Rassel in die Einkommensteuer-  
Berechnungskommission gewählt und die Pensionierung eines  
Mitgliedes der Kurkapelle gutgeheißen worden war, wurde in eine  
geheime Sitzung eingetreten, an der auch die Vertreter der Presse  
teilnahmen.

**Schwerer Unfall.** Heute mittag kurz vor 12 Uhr wurde  
ein älterer Mann von der Elektrischen überfahren und schwer  
verletzt. Der Unfall ereignete sich an der grünen Linie  
zwischen der Ringstraße und der Reichstraße. An dem Auf-  
kommen des Verletzten wird gearbeitet.

## Aus den umliegenden Kreisen.

### Ein Theologenstreit in Hessen.

Schon seit Jahren läuft die heftige evangelische Orthodoxie  
Sturm gegen die Zusammenfassung der hiesigen theologischen Fa-  
kultät aus nur modernen geistlichen Professoren. Selbst der Ver-  
such, zu beherrschenden Eingriffen in die akademische Freiheit sind  
jene Kreise nicht zurückgeschreckt. Die Regierung hat sich immer  
wider auf das nach den gesetzlichen Bestimmungen der Fakultät  
zustehende Vorschlagsrecht; ein Eingriff hierin würde eine Beein-  
trächtigung der akademischen Freiheit bedeuten. Nun wurde vor  
einigen Wochen nach Hießen der Theologie Professor Busse be-  
rufen, der der sogenannten Raumannischen Richtung sehr eng ver-  
wandelt sein soll. Darob helle Entrüstung bei den Positiven. Na-  
mentlich die dem Herrn A. von Hofmännische Presse des Landes brachte  
ganze Serien von Jeremiaden über die Zukunft des gottlosen Hessen-  
landes. Offenbar um diese „Aktion aber mächtige Partei“ etwas zu  
besänftigen, hatte das Oberkonsistorium eine Vorlage in der Landes-  
sache eingebracht, die es mit der Möglichkeit begründet, die Be-  
dürfnisse der Gemeinden nach geistlichen positiver Richtung befrie-  
digen zu können. Für heftige Theologen besteht nämlich der hiesige  
Examinationsrat. Nach der Vorlage des Oberkonsistoriums kann  
in Zukunft die vor der theologischen Fakultät einer anderen deut-  
schen Universität abgelegte Prüfung durch das Oberkonsistorium  
der Fakultätsprüfung vor der theologischen Fakultät der Landes-  
universität zu Hießen gleichgesetzt werden.

Es schien nun, als ob es in der Synode wegen der Vorlage zu  
heftigen Kämpfen zwischen den beiden Richtungen kommen würde.  
Eine Mehrheit, zu der übrigens auch positiv gerichtete Mitglieder  
zählten, wollte diesen Streit in der Kriegszeit vermeiden und be-  
trachtete ein Erziehen an das Oberkonsistorium um Zurücksetzung  
der Vorlage. Das Oberkonsistorium aber erklärte entschieden, dem  
nicht entsprechen zu können, und verlangte, geklärt auf die Ge-  
schäftsordnung, eine Beratung, die sehr wohl sich in nur sachlicher  
Richtung bewegen könne, ohne den kirchlichen Frieden zu gefährden,  
wie die Mehrheit behauptete. Die Minorität, der Orthodoxen  
habe, der anderen Seite den Vorwurf der Vergeßlichkeit  
eingetragen. Von einem zum anderen Tage hatte sich darauf die  
Mehrheit auf den erwähnten Beschluß geeinigt, dem auch die andere  
Seite am Freitag beitrug. Die Mehrheit ließ eine Erklärung ab-  
geben, daß sie nur unter dem Zwang des Augenblicks handelte. Es müsse  
der Aufschauung entgegengetreten werden, daß die Fakultätsprüfung  
für den Studenten, der den religiösen Standpunkt des Examinato-  
rums nicht teile, einen Genossenschaftsweg, eine Ungerechtigkeit bedeute.  
Die erste Prüfung in Hießen ist eine rein wissenschaftliche und solle  
es bleiben; nur so könnte der hohe Bildungsstand der Geistlichen  
bewahrt werden. Die Erklärung fordert darum vom Oberkonsisto-  
rium, das abgeänderte Gesetz nur für Ausnahmefälle anzuwenden.

Hannau, 26. Juni. (Schwurgericht.) Der Reineidsprozeß  
Bourbonus-Berg hat am Samstag sein Ende erreicht. Die Ver-  
urteilung der Zeugenvernehmung ergab, daß Frau Bourbonus einigen  
Zeuginnen im Gefängnis eingestanden haben soll, die Zeuginnen  
auf der Vorlage abgeändert zu haben. Hervorzuheben ist noch die  
Ausage der Wahrsagerin Wadlow, die vor einiger Zeit hier ihr  
Gewerbe ausübte und angeblich auch einen großen Zulauf hatte.  
Sie sei auch von ihrer Kollegin Bourbonus aufgekauft worden und  
habe dieser aus den Handlungen gewissermaßen, daß sie eine Fälschung  
begehen würde, die unter Umständen einen für sie schlimmen Aus-  
gang nehmen könnte. Darauf habe die Angeklagte geantwortet:  
„Was Sie da sagen, das habe ich schon begangen“ und habe ihr den  
ganzen Vorgang erzählt. Das nach Schluß der Zeugenvernehmung  
erhaltene Gutachten des Sachverständigen Sanitätsrat Dr. Selig-  
mann lautete dahin, daß Frau Bourbonus wohl hysterisch, aber  
geistig normal und für ihre Handlungsmethode verantwortlich zu  
machen ist. Nach den ziemlich umfangreichen Blättern der Staats-  
anwaltschaft und der Verteidiger gegen sich die Geschworenen zurück.  
Sie kamen zu dem Wahrspruch „nichtschuldig“, worauf die beiden  
Angeschuldigten freigesprochen wurden.

Hannau, 26. Juni. (Anmeldung zur Landsturmrolle.)  
Der Zivilvorsitzende der Enkelkommission fordert alle diejenigen  
Wehrpflichtigen, die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1890 ge-  
boren sind, und diejenigen Wehrpflichtigen älterer Jahrgänge, die  
daran sind, und diejenigen Wehrpflichtigen für ihren jetzigen Aufenthalts-  
ort etwa noch nicht bewirkt haben, auf, sich bei der Ortsbehörde  
des Aufenthaltsortes (die Wehrpflichtigen der Stadt Hannau ein-  
schließlich Reßelbach beim hiesigen Reichsanwalt, Langstraße 41) in  
der Zeit vom 2. bis 6. Juli d. J. zur Landsturmrolle anzumelden.  
Bei der Anmeldung sind von den sich zum erstenmal Meldenden,  
soweit sie nicht am Aufenthaltsort geboren sind, die Geburtsurkunde,  
von den übrigen Wehrpflichtigen die in ihrem Besitz befindlichen  
Ausweise vorzulegen. Zur Landsturmrolle Gemeindevorsteher, die ihren  
Wohnort oder Aufenthaltsort verlegen, haben sich bei dem hiesigen

Zivilvorsitzenden sofort ab- und bei dem Zivilvorsitzenden der Enkel-  
kommission ihres neuen Wohn- oder Aufenthaltsortes innerhalb  
zwei Tagen wieder anzumelden. Ebenso sind Veränderungen des  
Wohnortes oder der Wohnung innerhalb des Stadt- und Landkreises  
Hannau innerhalb zwei Tagen dem hiesigen Zivilvorsitzenden an-  
zuzeigen. Verstoß gegen die vorgeschriebenen Meldungen hat strenge  
Verfolgung zur Folge.

Hannau, 26. Juni. (Vom Arbeitsmarkt.) Bei der städti-  
schen Arbeitsvermittlungsmesse meldeten sich: Arbeitsuchende:  
1 Schweizer mit Familie, 1 Gartenarbeiter, 1 älterer Silberarbeiter,  
1 älterer Mechaniker, 1 älterer verheirateter Bäcker, 4 jüngere  
Fabrikarbeiter, 2 jüngere Hausfrauen, 4 jüngere Tagelöhner, 1  
Gartenarbeiterin, 1 Kettenmacherin, 1 Verkäuferin, 1 Manufaktur-  
und 2 Stützen; gesucht werden: 2 landwirtschaftliche Arbeiter,  
einige Silberarbeiter, 1 Silberformer, 2 Spengler und Installateure,  
1 Maschinenschlosser, 1 Sattler, Tapezierer und Schlosser,  
einige Möbelschreiner, 1 Schuhmacher, 1 Friseur, 1 Weibhändler,  
1 Kleider, 1 Schneider, einige Fabrikarbeiter über 16 Jahre, 2 Fuhr-  
leute, 1 Hausfrau für Weggerei, 1 Bäcker, der Bäckerei machen  
kann, einige kräftige Tagelöhner, einige Silbermischelinge, 1  
Schreinerlehrling, 1 Bijouterielehrling, 1 Wagnerlehrling, 1 Weib-  
händlerlehrling, 1 Wäsche- und Fuhrmann und 14 Dienstmädchen noch  
hier.

Esheim, 25. Juni. (Der Krieg.) Am Samstag machte die  
Herrn Anton Jöel ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Die  
Ursachen sind Nummer und Nahrungsfragen.

Höchst a. M., 25. Juni. (Explosion.) In den Gar-  
werken flog in der Samstagsnacht ein Chlorbehälter in die  
Luft. Durch die ausströmenden heizenden Gase stellten sich  
bei den zahlreichen Arbeitern erhebliche Reizercheinungen im  
Hals und in der Lunge ein. Drei Leute mußten in ärztliche  
Behandlung gegeben werden, da die bei ihnen angewandten  
Gegenmittel keinen Erfolg hatten.

Oberhessen, 25. Juni. (Zum Leichenfund.) Die  
Untersuchung in der Sadelischen Leichenfundangelegenheit hat  
noch wenig Klarheit in das rätselhafte Dunkel gebracht. Es  
steht nur soviel fest, daß das Kind aus allerhöchster Nähe er-  
schossen wurde, die Waffe wurde auf den bloßen Körper ge-  
legt, da kein Kleidungsstück beschädigt. Dennoch dürfte auch  
der Junge kein Opfer eines Wildschüßers geworden sein, wie  
man zuerst annahm. Der Schöffe nach muß man jetzt mit  
einem Mord rechnen. Die Untersuchung ist noch in vollem  
Gange.

Oberursel, 25. Juni. (Steuertfrei.) Durch einen  
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sind die Kriegs-  
teilnehmer aus der Stadt mit einem bestimmten Jahres-  
einkommen von der Einkommensteuer befreit.

Uffingen, 25. Juni. (Wie man den eigenen Ge-  
meindemitgliedern das Fleisch entzieht.) Durch die Stadtverwaltung wurde festgestellt, daß hiesige  
Wegwerfer das Innere für die heimische Bevölkerung zugewiesene  
Fleisch nach auswärts verkauft haben, so daß zahlreiche  
Familien kein Fleisch erhielten. Einer Wiederholung hat der  
Magistrat durch entsprechende Maßnahmen sofort vorgebeugt.

Höchst i. D., 25. Juni. (Von der Kreuzotter  
gebissen.) In der Keller Feldmark wurde das dreijährige  
Kind des Baldarbeiters Schind von einer Kreuzotter in das  
Gesicht gebissen. Das Kind verstarb nach kurzer Zeit an den  
durch den Biss verursachten Vergiftungserscheinungen.

Bensheim a. B., 25. Juni. (Brand.) Ein Brand zer-  
störte am Samstag nachmittags einen großen Teil der Wirt-  
schaftsgebäude des Maurermeisters Vinkelbach. Eine Weiter-  
verbreitung des Feuers auf den angrenzenden Hofhof ver-  
hinderte die in dem Hofe beschäftigten gefangenen Franzosen.

Waldenburg, 25. Juni. (Voden.) In der hiesigen  
Stadt und der Nachbargemeinde Albstadt sind in verschiedenen  
Häusern Vodenkrankungen festgestellt worden. Gegen die  
Weiterverbreitung der Krankheit wurden die umfangreichsten  
Maßregeln getroffen. Zwei Personen sind bereits gestorben.

## Aus Frankfurt a. M.

### Eine eigentümliche Sozialpolitik.

Man schreibt uns: Durch die große Ausdehnung der  
Stadt und die langsam bekannte städtische Wohnungsverhältnisse  
sind die Arbeiter und kleinen Angestellten mehr und mehr  
vor die Tore der Stadt gedrängt worden und dürfen die Ren-  
tabilität der Straßenbahn steigern. Eine Reihe großer Fir-  
men haben mit Rücksicht auf die weiten Wege zu den Wohn-  
stätten die Mittagspause auf 1/2 Stunden erhöht. Nur in  
den Lebensmittelgeschäften, besonders bei den Großhandlungen  
gewährte man nicht einmal die üblichen 2 Stunden, sondern  
nur 1 1/2 Stunden Mittagsruhe und ließ das Personal sogar  
noch eine halbe Stunde frühmorgens früher beginnen. Jetzt,  
während des Krieges, strengen sich diese Firmen an, nicht  
etwa anständigere Arbeitsbedingungen zu gewähren, sondern  
familiäre Räden der Lebensmittelbranche mittags 1 1/2 Stun-  
den gänzlich zu schließen. Die kleinen Geschäfte werden bei  
diesem Begehren als Vorwand benutzt, indem man den allein-  
stehenden Frauen sagt, sie könnten in dieser Verkaufsperiode  
ihre wichtigsten Hausfrauenpflichten erfüllen. Der Nachteil  
für das Publikum soll zunächst hier nicht untersucht werden,  
aber mit aller Entschiedenheit sollten sich die Angestellten  
wehren, wenn diese Maßnahme als ein Segen für sie bezeich-  
net wird. In Wahrheit wird das gänzliche Schließen der  
Läden eine weitere Kürzung der Mittagspause bedeuten, denn  
erfahrungsgemäß müssen die im Laden befindlichen Kunden  
fertig bedient werden, erst dann können die Angestellten an  
das Reinigen ihrer Hände und an das Umziehen denken, um  
schließlich ordnungsmäßig Türen und Läden zu verschließen  
und in großen Betrieben die Kontrolle zu passieren. In der  
Praxis wird niemand künstlich fortkommen, alle aber sollen  
künstlich wieder da sein. Dabei ist jede Minute der viel zu  
kurzen Mittagspause kostbar. Wenn wenigstens bei dieser Ge-  
legenheit die längst nötige und in fortgeschrittenen Betrieben  
auch schon bestehende, zum Teil bereits überflüssig gewordene  
einstündige Mittagspause eingeführt würde! So aber stellt sich  
die ganze Wohnfrage zum Vorteil für die Arbeitgeber und  
zum Nachteil für die Angestellten heraus. Der eigentliche  
Grund für die Mittagskürzung, den man sich aber scheut  
öffentlich auszusprechen, ist der Verdacht, daß Publikum und  
Personal in der Mittagszeit bei verminderter Aufsicht am  
leichtesten zum Diebstahl Gelegenheit haben. Der Beweis  
hierfür müßte noch erbracht werden.

Eine vernünftige Sozialpolitik wäre es, wenn man sich  
in jenen Kreisen endlich entschließen würde, den Angestellten  
die wohlverdiente zweistündige Mittagspause zu  
gewähren, morgens anzufangen wie gewöhnlich um 8 Uhr

und abends, zunächst um 7 1/2, später um 7 Uhr den Verkauf  
zu beenden. Die Mittagspause kann sehr gut in 3 Schichten  
von 11 bis 1, 12 bis 2 und 1 bis 3 Uhr erledigt werden. Die  
abendliche Arbeitszeitverkürzung läßt den Angestellten der  
Lebensmittelbranche die Möglichkeit, an der auch für ihre  
Kategorie so nötigen Fortbildung teilnehmen zu können, ein  
Theater zu besuchen, ihre eigenen Sachen insstand zu halten  
oder eine Stunde sommerlicher Herrlichkeit genießen zu könn-  
nen.

Die Herren Arbeitgeber haben von einer einseitig für  
die ganze Branche durchgeführten Arbeitszeitverkürzung abso-  
lut keinen Nachteil, wohl aber den Vorteil einer Stunde Licht-  
erlarmis.

Für die Organisationen des kaufmännischen Personals  
wäre hier ein gutes Feld zur Betätigung. Jedenfalls sollten  
sie das jetzige Ansinnen ohne greifbare Vorteile ablehnen.

## Partei-Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

Am Sonntag tagte hier in Gräffs Garten eine außerordent-  
liche Konferenz für den Frankfurter Agitationsbezirk.

Das einzige anwesende Mitglied des Bezirksvorstandes, Genosse  
Hüttmann, machte bei der Eröffnung einige Mitteilungen.  
Genosse Graf habe zwar auf Beschluß des Vorstandes die Konferenz  
als Vorsitzender einberufen, habe aber, ebenso wie das Vorstands-  
mitglied Genosse Dorsch gegen die Abhaltung Einspruch erhoben.  
Die beiden Genossen stützten sich auf eine zwischen Parteivorstand  
und Parteiauschuß getroffene Vereinbarung, daß während des  
Krieges Parteitage und Konferenzen nicht stattfinden, sondern alle  
strittigen Fragen nach dem Krieg erledigt werden sollen. Graf  
hat es aus diesem Grunde auch abgelehnt, die Leitung der Ver-  
handlungen zu übernehmen. Aus dem gleichen Grunde hat es auch  
die Frankfurter Parteioorganisation abgelehnt, die Konferenz zu  
besuchen. Auch der Parteivorstand ist deshalb nicht auf ihr ver-  
treten. Die Frankfurter Genossen halten die auf der Konferenz  
gefaßten Beschlüsse nicht für bindend.

Zu Vorsitzenden wurden Graf (Hannau) und Portune  
(Höchst) gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wünschte  
Walter (Höchst) zunächst die Zuständigkeit der Konferenz fest-  
gelegt. Im Gegensatz zum Parteivorstand ist er der Meinung, daß  
die Konferenz rechtmäßig tagt. Er beantragte jedoch, von der  
Reinwahl des Bezirksvorstandes abzusehen und nur Ergänzungs-  
wahlen vorzunehmen. Schnellbacher (Hannau) ist aus organi-  
satorischen Gründen dagegen. Der Antrag Walter wurde ab-  
gelehnt.

Eine längere Erörterung rief ein weiterer von Genossen For-  
tune gestellter Antrag hervor, der sich auf die Nichtzulassung  
der Presseberichterstatter bezieht. Begründet wird  
die Maßregel damit, daß der Vorstand selbst einen Bericht an das  
Pressebüro einreichen soll, um eine objektive Berichterstattung zu  
ermöglichen. Ein Wiesbadener Delegierter wendet sich dagegen.  
Die Berichterstattung dem Vorstand zu überlassen, sei unpraktisch;  
sie berge die Gefahr der Einseitigkeit in sich. Dr. Wagner  
(Hannau) unterstützte den Antrag. Wegen die Anwesenheit der  
Presseberichterstatter habe er nichts einzumenden; sie sollten sich  
jedoch ehrenamtlich verpflichten, an Zeitungen,  
Organisationen und Behörden keine Berichte zu  
liefern.

Jim mermann (Frankfurt) ist gegen die Zulassung der Be-  
richterstatter, weil nach seiner Behauptung die „Volksstimme“  
über Parteitage nicht objektiv berichtet und Berichtigungen von  
der Redaktion und Geschäftsleitung nicht aufgenommen würden.  
Er selbst habe schlimme Erfahrungen gemacht. Plewe (Höf-  
heim) empfiehlt, den Bericht durch den Vorstand herstellen zu lassen.  
Die Leitung der Frankfurter Parteioorganisation handhabt das  
auch so. Verges (Waldenburg) ist deshalb gegen die Bericht-  
erstattung in der „Volksstimme“, weil das Blatt nach einem Be-  
schluß des erweiterten Vorstandes nicht mehr als Publikations-  
organ des Bezirkes in Betracht komme. Brühne (Frankfurt)  
wandte sich entschieden dagegen. Auf der Höchster Konferenz sei  
ein ähnlicher Beschluß gefaßt worden, der aber nicht verbindlich  
habe, daß trotzdem ein vorzeitiger Bericht in der Presse er-  
scheinen sei.

Gegen etwa 15 Stimmen wurde die Nichtzulassung der  
Presseberichterstatter beschlossen. Die vier Presse-  
berichterstatter, lauter parteigegenständliche Berichterstatter, liegen durch den  
Vorsitzenden erklären, daß sie gegen den von Dr. Wagner auf ihre  
Partei- und Berufsrechte gerichteten unverschämten Angriff prote-  
stieren und verlassen den Saal.

Was ist Delikatesswurst? Es gibt Leute, denen ist „alles Wurst“.  
Aber so einfach ist die Sache doch nicht. Wurst und Wurst ist  
zweierlei oder, nach Ansicht unserer Preisprüfungsstelle, sogar  
viererlei. Diese Stelle hat unsere Wurst in drei Klassen eingeteilt:  
in minder gute, gute und ganz gute. Dem entsprechend sind drei  
Höchstpreise geschaffen worden. Dazu kommt noch Wurst, sogenannt  
die „ganz gute“, aber nach dem Höchstpreis unterworfenen Wurst auf  
„Delikatesswurst“, insbesondere Wurstwaren nach Göttinger, Traun-  
schweiger, Thüringer usw. Art“. Dr. Willede als Mitglied der  
Preisprüfungsstelle hatte gleich das Gefühl, daß der Ausdruck nicht  
sehr glücklich gewählt sei. Denn was ist Delikatesswurst? Wo hört  
die „ganz gute“, aber nach dem Höchstpreis unterworfenen Wurst auf  
und wo fängt die Delikatesswurst, bei der der Abbruch nach oben  
keine Schranken gesetzt sind, an? Das Schöffengericht zerbrach sich  
über die richtige Antwort auf diese Fragen in seiner letzten Sitzung  
stundenlang den Kopf. Weil es seiner eignen Stärke in der Be-  
urteilung von Wurst nicht recht vertraute, hatte es Sachverständige  
zugezogen. Angeklagt war der Regiermeister Adolf Hodes wegen  
Ueberschreitung der Höchstpreise für Preßkopf, Leberwurst und  
Plattwurst. Es ist Delikatesswurst, sagte er. Die Wurst lag auf dem  
Tisch des Hauses und wurde allezeit gekostet. Gute Hausmoder-  
wurst aus tadellosem Material! war das allgemeine Urteil. Aber  
Delikatesswurst? Der Sachverständige Dr. Willede meinte,  
eigentliche Delikatesswurst sei durch mancherlei Zusätze, wenn auch  
nicht im Nahrungswert verbessert, so doch pikanter, prickelnder ge-  
macht für Junge und Gaumen. Immerhin seien die Geschmäcker  
verschieden. Regiermeister Hodes als Sachverständiger führte  
aus, es sei nach Thüringer Art hergestellte Wurst, zu deren Ver-  
feinerung das Fleisch vorgekostet wird. Der Angeklagte hätte diese  
Wurst zum Höchstpreis nicht herstellen können (?? Red. d. B.), ge-  
schweige denn, daß er noch etwas daran verdient hätte. Der Amts-  
anwalt, der sonst von der Wurst sehr befreit war, neigte zu der  
Ansicht Dr. Willedes und beantragte 100 Mark Geldstrafe. Das  
Gericht erkannte auf Freisprechung. Man könnte, führte der Vor-  
sitzende aus, bei der Interpretation des Begriffs „Delikatesswurst“  
sehr wohl der Meinung von Dr. Willede und dem Amtsanwalt sein,  
allein warum sollte man sich nicht an die Interpretation halten, die  
in der Verordnung selbst liegt? Da heißt es: „Delikatesswurst“,  
insbesondere Wurstwaren nach Thüringer usw. Art“. Wurst nach  
Thüringer Art sei also im Sinne der Verordnung Delikatesswurst.  
Die Wurst des Angeklagten aber sei nach dem Gutachten des Sach-  
verständigen „nach Thüringer Art“ hergestellt, also sei sie Delikatess-  
wurst und es müsse Freisprechung erfolgen. Weniger gutes Material  
scheint Herr Hodes bei der Herstellung von gewöhnlicher Platt



zu verwenden. In dieser hatten sich große Würfel von Flecken befunden, die den Kammerzeugen den erfolgreichsten Widerstand leisteten. Dafür muß jedes 50 Mark Geldstrafe bezahlen.

**Verkaufnahme der Frühjahrskartoffeln.** Im Amtsblatt veröffentlicht der Magistrat eine Verordnung, nach der die im Stadtbezirk Frankfurt a. M. zum Zweck des Verkaufes angebauten und geernteten Frühjahrskartoffeln zugunsten der Stadtgemeinde beschlagnahmt werden. Ferner wird die Verfüllung von Frühjahrskartoffeln, die zur menschlichen Nahrung geeignet sind, verboten. Die Anmeldung hat Schillerplatz 3, 1. St., Hansa 1384, zu erfolgen. Als Preis werden vom 1. Juli an bis auf weiteres 8.50 Mark für den Zentner, gefast, frei Ablieferung gezahlt.

**Verhafteter Manfardendieb.** Der Schlosser Heinrich Quäl aus Kassel, der eine Zeitlang hier in der Kriegstraße wohnte, hat in letzter Zeit eine Anzahl Manfardeneindrücke begangen und ist dabei festgenommen worden. Es wurde bei ihm eine große Anzahl Handwerkzeuge, z. B. Winkelmesser, Tiefmesser, Jangen usw. gefunden. Quäl gibt an, diese Sachen in verschiedenen Fabriken, in denen er gearbeitet hat, gestohlen zu haben. Geschädigte wollen sich am Freitag und Samstag, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, auf Zimmer 412 des Polizeipräsidiums einfinden.

**Ueberschreitung der Höchstpreise.** Im November v. J. hat ein Bornheimer Speereihändler den Landwirt Friedrich Himmelsreich in Niederstall wiederholt um Abgabe von Kartoffeln. Himmelsreich wollte eigentlich keine mehr verkaufen, war aber schließlich bereit, noch 18 Doppelzentner zu 8.50 Mark den Doppelzentner abzugeben. Am Tage, bevor er die Kartoffeln ablieferte, wurden Höchstpreise festgesetzt, die hinter 8.50 Mark zurückblieben. Der Speereihändler weigerte sich darauf, mehr als den Höchstpreis zu bezahlen; Himmelsreich aber pochte auf die Abmachung und klagte auf Zahlung von 8.50 Mark. Er wurde mit seiner Klage abgewiesen und nun noch obenrein dem Schöffengericht wegen Ueberschreitung der Höchstpreise zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Betriebsunfall der Waldbahn.** Am Samstag nachmittags gegen 4 Uhr sind auf der eingleisigen Strecke zwischen Louisa und Ober-Schweinitz zwei Waldbahnzüge, von denen der eine an der vorgeschriebenen Stelle die Kreuzung nicht abgewartet hatte, zusammengefahren. Beide Lokomotiven und die Plattformen der ersten Wagen beider Züge wurden beschädigt, einige Wagenachsen sind entgleist. Personen wurden nicht verletzt.

**Einbruch in die Bahnhofskriegsfürsorge.** Der 28jährige Gärtner Berg aus Schwaben i. M. verübte heute früh gegen 4 Uhr in den Räumen der Erfrischungshalle der Kriegsfürsorge am Hauptbahnhof einen Einbruch. Er hatte bereits einige Sammelbüchsen erbrochen und entleert, als ein in der Küche schlafender Koch von dem Geräusch erwachte und den Einbrecher, der sich mit größter Eile zum Wehr setzte, festnahm und ihn der Bahnhofswache zuführte.

**Eine Volksspende für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen** findet vom 1.—7. Juli in ganz Deutschland statt. Das Los der Deutschen, die in Feindesland eine lange Gefangenschaft ertragen müssen, ist traurig. Stellenweise herrscht bittere Not. Um sie zu lindern, sind größere Mittel notwendig, die bei dieser Spende aufgebracht werden sollen. Wie uns mitgeteilt wird, werden der Zuschuß für deutsche Kriegsgefangene und die Zentralkriegsfürsorge zusammen mit dem Roten Kreuz und dem Vaterländischen Frauenverein, sowie dem Nationalen Frauendienst die Sammlung durchführen.

#### Briefkasten der Redaktion.

2. 49. Krankheiten des Herzens oder der großen Gefäße. Bei Befragung können Sie unter den heutigen Verhältnissen wieder zu geschrieben werden.

H. M., Dr. 1. Dr. A. Liechtenstein stand nie im Offiziersrang; mit der schon verübten Festungshaft hat das nichts zu tun. 2. Eine Bezeichnung.

#### Neues aus aller Welt.

**Bootsunglück auf dem Tegeler See.** Auf dem Tegeler See, der bei dem gestrigen schönen Wetter der Tummelplatz zahlreicher Boote war, ereignete sich am Nachmittage ein schweres Unglück. Ein mit 9 Personen besetztes Segelboot kenterte und sämtliche Insassen, darunter ein 17jähriger Knabe, fielen ins Wasser. Nachdem einige andere Boote zu Hilfe gekommen waren, gelang es unter den größten Anstrengungen eine Person nach der anderen aus dem Wasser zu ziehen. Der Besitzer des verunglückten Segelbootes, der Kaufmann Lehle aus Schöneberg, war völlig erschöpft, als er in eines der Boote gezogen wurde; von seinen beiden Töchtern konnte nur die eine gerettet werden, während die zweite den Tod in den Fluten fand. — Laut „Berliner Tageblatt“ ergaben die behördlichen Ermittlungen, daß der Unfall durch eine Unvorsichtigkeit des am Steuer sitzenden Mannes herbeigeführt wurde.

#### Zur gefälligen Beachtung!

Die Träger bzw. Vertrauensleute der entfernteren gelegenen Orte, die nicht durch Expressboten bestellt werden können, müssen ihre Bestellung allmonatlich bis zum 25. aufgegeben haben, sonst tritt eine Verzögerung durch die Post ein. Wir können nicht einfach die Zahl des Vormonats überweisen, da die Abonnentenzahl oft wechselt und wir für zu viel überwiesene Exemplare die Postgebühr bezahlen. Deshalb müssen wir unbedingt auf regelmäßige Bestellung bestehen.

Für Juli haben noch nicht bestellt: Bernbach, Bönshof, Albenrodt, Gr. Norden, Rinn (Nabe), Reunkirchen (Saar), Obermörlen, Sinn (Mittelreis), Eddel b. Wölferstein, Steinbach, Wallrabenstein, Wismar b. Gießen.

Die Expedition.

#### Die Obstverjorgung und die 3.-E.-G.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft schreibt uns: Da in jüngster Zeit in der deutschen Presse vielfach Angriffe auf die Organisation der Obst- und Gemüseausfuhr aus Belgien durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft gerichtet sind, die auf völliger Unkenntnis des Sachverhalts beruhen, bitten wir folgende aufklärende Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen und Ihren Lesern zu unterbreiten:

Es ist nicht wahr, daß unsere Obstzentrale Brüssel aus einer Reihe von Herren besteht, die allein ein Recht hätten, Obst und Gemüse aus Belgien nach Deutschland einzuführen, und die dieses Recht mißbrauchen, indem sie Ware in fremde Distrikte oder ins Ausland herden, statt sie an die deutschen Städte abzugeben, die Verkaufspreise und Nutzen vorsehen. Es handelt sich vielmehr um ein Konsortium von nunmehr 16 deutschen Obst- und Gemüsehändlern, das für den Fall gegründet worden ist, daß die deutschen Städte, denen das belgische Obst und Gemüse jetzt in erster Linie zur Verfügung gestellt wird, nicht in der Lage wären, die gesamte Menge abzunehmen. Die Mitglieder des Konsortiums haben die Verpflichtung übernommen, in diesem Falle das überschüssige Quantum ohne weiteres auf eigene Rechnung zu übernehmen. Die Geschäfte haben sich indes so gut abgewandelt, daß die Hilfe des Konsortiums nur in der ersten Zeit seines Bestehens in Anspruch genommen werden brauchte. Von den aus Belgien ausgeführten Mengen haben die Mitglieder des Konsortiums überhaupt nur einen verschwindenden Bruchteil erhalten, davon mehr als die Hälfte im ersten Monat des Bestehens der Obstzentrale, in den letzten Monaten überhaupt nichts mehr. Seitdem sind die Funktionen des Konsortiums lediglich die eines Beirates von Fachleuten gewesen.

Die Obstzentrale hat während der ganzen Dauer ihrer Tätigkeit regelmäßig ihre Offerten allen Kommunen in Deutschland, die sich für den Bezug von belgischem Obst und Gemüse interessiert haben, gemacht und entweder an die Kommunalverwaltungen direkt geliefert oder an solche Händler, die durch die Kommunalverwaltungen sich das Recht auf den Bezug dieser Ware hatten geben lassen. Diesen Händlern ist von der Obstzentrale die Verpflichtung auferlegt worden, das aus Belgien bezogene Obst und Gemüse nur in ihrem eigenen Bezirk und mit einem mäßigen Nutzen zu verkaufen. Die betreffenden Kommunalverwaltungen sind von der Obstzentrale ersucht worden, eine Kontrolle über diese Händler auszuüben, daß diese den ihnen auferlegten Verpflichtungen nachkommen. Leider sind in einigen Fällen die Kommunen nicht instande gewesen, zu verhindern, daß einige Händler, entgegen den ihnen gestellten Bedingungen, das Obst mit großem Gewinn aus ihrem eigenen Bezirk nach anderen Bezirken abgeben. Die Obstzentrale hat in jedem Falle, in dem sie Kenntnis von derartigen Uebertretungen erhalten hat, ihrerseits die betreffenden Kommunalverwaltungen auf die jeweiligen Mißstände aufmerksam gemacht. Sie selbst kann, wenn die Kommunen nicht in ihrem eigenen Interesse für ihre Bürger in genügendem Umfange sorgen, nur insoweit den Mißständen entgegenzutreten, daß sie diejenigen Firmen, die Uebertretungen begangen haben, nicht wieder beliefern. In einem besonders krassen Fall hat die Obstzentrale es durchgesetzt, daß eine Händlerfirma einen von ihr erzielten übermäßigen Gewinn zugunsten des Roten Kreuzes ausschüttete.

Auch die Behauptung, daß durch die Tätigkeit der Obstzentrale große Mengen Nahrungsmittel nach Holland geschickt und dort meistbietend in Auktionen versteigert worden seien, statt der deutschen Volksernährung zu dienen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Das Nahrungsmittel ist nahezu reißlos nach Deutschland versandt worden. Von den Treibhausfrüchten, die kein Nahrungsmittel, sondern ein Luxusartikel sind, sind allerdings große Quantitäten nach Holland geschickt worden. Diese Maßregel hat die Obstzentrale im Auftrag der deutschen Verwaltung in Belgien vorgenommen. Die durch den Versand eines für Deutschland entbehrlichen Genußmittels nach Holland zu sehr günstigen Bedingungen beschafften holländischen Zahlungsmittel sind zum Erwerb von Steu- und anderen Rüben benutzt worden, die ausnahmslos den deutschen Kommunen zugeführt worden sind.

#### Telegramme.

##### Rücktritt eines englischen Ministers.

London, 25. Juni. (B. B. Nichtamtlich.) Der Landwirtschaftsminister Lord Selborne ist zurückgetreten.

#### Fleischverteilung.

Die Fleischbezugscheine für Hotels, Anstalten usw. für die am Mittwoch den 28. d. Mts. beginnende Verteilungswoche werden von

Montag den 26. Juni

ab während der üblichen Dienststunden im Zimmer 38 des Rathauses verausgabt. Die Bezugscheine für die abgelaufene Woche sind mitzubringen.

Wiesbaden, den 24. Juni 1916.

Der Magistrat.

## Abgabe von Kartoffeln und Dörrgemüse.

Von Montag den 26. Juni ab werden alle vor diesem Tage gültigen Kartoffelmarken und Kartoffelzusatzmarken für ungültig erklärt. Zusatzmarken können vom 26. Juni ab nicht mehr abgegeben werden. Von Montag den 26. Juni ab werden auf eine auf einen Kumpf lautende Kartoffelmarke nur 5 Pfund Kartoffeln abgegeben.

Als Ersatz für die pro Kartoffelmarke in Abzug gekommenen 2 Pfund Kartoffeln werden bis auf weiteres 100 Gramm Dörrgemüse abgegeben, jedoch nur in 1/2-Pfund-Paketen, sobald für jeweils 1 bis 3 Kartoffelmarken, auf die je 5 Pfund Kartoffeln bezogen werden, gleichzeitig 1/2 Pfund Dörrgemüse bezogen werden kann. Das Dörrgemüse wird an die Einwohnerstadt bis zu einem Einkommen von 5000 Mark zu 30 Pfg. das halbe Pfund-Paket abgegeben. Personen, die einen roten Stempel auf ihrer Protasweisarte nicht haben, erhalten das Dörrgemüse zum Preise von 30 Pfg. ohne weiteren Nachweis; diejenigen Personen, die einen roten Stempel auf ihre Protasweisarte haben, aber nur dann, wenn sie ein Einkommen von 3000 bis 5000 Mark haben und ihren Steuerzettel vorlegen.

Der Verkauf der Dörrgemüse an die vorgenannten Personen erfolgt gleichzeitig mit dem Verkauf der Kartoffeln an der Kartoffelkasse im Museum bzw. an dem Markstand.

Personen, die ein Einkommen über 5000 Mark haben, können Dörrgemüse nur in den hiesigen einschlägigen Geschäften kaufen.

Der Kartoffelpreis bleibt wie bisher bestehen.

Wiesbaden, den 24. Juni 1916.

Der Magistrat.

## Anmeldung zur Landsturmrolle (Stadtfreis Wiesbaden).

Die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1899 geborenen Landsturmpflichtigen werden hiermit aufgefordert, sich am Donnerstag den 29. und Freitag den 30. Juni d. Js. vorm. von 8 bis 12 1/2 Uhr, unter Vorlage ihrer Geburtsurkunde oder anderer behördlicher Urkunden (Invalidenkarte, Arbeitsbuch usw.) im Rathause, Zimmer Nr. 27, zu melden.

Wiesbaden, den 23. Juni 1916.

Der Magistrat.

## Gammelt Obstkerne!

Die durch den Krieg herbeigeführte Absperrung Deutschlands von der auswärtigen Zufuhr macht sich besonders auf dem Gebiete der Dele und Kette in immer steigendem Maße fühlbar. Der Kriegsausdruck für Dele und Kette in Berlin hat deshalb eine umfassende Sammlung der althaltigen Obstkerne in die Wege geleitet. Für die Stadt Wiesbaden ist uns die Ausführung übertragen. Wir fordern daher alle Einwohner von Wiesbaden zur Sammlung von Obstkernen für die Delegewinnung auf. Jeder sammle! Jeder Kern ist wichtig!

Zu sammeln sind nur Kirschkerne, Kerne von Kirschen (auch Sauerkirschen), Blaumen und Apfelsinen, Mirabellen, Reineklauden und Aprikosen (nicht Pfirsichkerne). Auch Kerne von gefochtem und gedörtem Obst können verwendet werden. Die einzelnen Kerngattungen dürfen nicht mit einander vermischt werden.

Die gesammelten Kerne bitten wir abzuliefern an die Abteilung VI des Kreiskomitees vom Roten Kreuz, Mainzer Straße 19, woselbst auch Merkblätter über die Kernsammlung zu haben sind.

Auf Verlangen wird gezahlt für das Kilogramm Kirschkkerne 20 Pfennig, für das Kilogramm aller übrigen Kerne 15 Pfennig.

Vaterländischer Frauenverein.

Abt. VI des Kreiskomitees vom Roten Kreuz.

**Gewerkschaftshaus Wiesbaden**  
Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.  
Billige Speisen und Getränke.  
Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume.  
Gilt sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.

# Bormass 95 Pfg.-Tage in der Haushalt-Abteilung.

Es kommen in grosser Auswahl **Haushalt- und Wirtschaftswaren,** welche fast durchweg sonst einen höheren Wert haben, zum Verkauf.

Preiswerte Auslagen in Papierwaren, Büchern, Schmuck- und Lederwaren, Parfümerien.

**Warenhaus Julius Bormass G. m. b. H. Wiesbaden**